

Friedhofssatzung

der Gemeinde Morbach

vom 12.11.2018

Der Gemeinderat Morbach hat am 05.11.2018 aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) sowie der §§ 2, Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (BestG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

1. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die im Gebiet der Gemeinde Morbach gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe.

Bischofsdhron
Elzerath
Gonzerath
Gutenthal
Heinzerath
Hinzerath
Hundheim
Hunolstein
Morbach
Morscheid-Riedenburg
Odert
Rapperath
Wederath
Weiperath
Wenigerath

§ 2 Friedhofszweck

- (1) Der Friedhof ist eine nicht rechtsfähige Anstalt (öffentliche Einrichtung) der Gemeinde.
- (2) Er dient der Bestattung derjenigen Personen, die
 - a) bei ihrem Tode Einwohner der Gemeinde waren,
 - b) ein besonderes Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben oder
 - c) ohne Einwohner zu sein, nach § 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 Bestattungsgesetz (BestG) zu bestatten sind.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 3 Schließung und Aufhebung

- (1) Der Friedhof oder Teile des Friedhofs können ganz oder teilweise für weitere Bestattungen oder Beisetzungen gesperrt (Schließung) oder anderen Zwecken gewidmet werden (Aufhebung).
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen und Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch die Schließung das Recht auf weitere Bestattungen oder Beisetzungen in Wahl- oder Urnenwahlgrabstätten (Sondergräber) erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- oder Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahl- bzw. Urnengrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung verlangen, soweit die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist.

- (3) Durch die Aufhebung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte der Toten verloren. Die in Reihen- oder Urnenreihengrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, die in Wahl- oder Urnenwahlgrabstätten, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Gemeinde in andere Grabstätten umgebettet.
- (4) Schließung oder Aufhebung werden öffentlich bekanntgemacht. Der Nutzungsberechtigte einer Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder über das Einwohnermeldeamt zu ermitteln ist.
- (5) Umbettungstermine werden einen Monat vorher öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig werden sie bei Wahl- oder Urnenwahlgrabstätten den Nutzungsberechtigten, bei Reihen- oder Urnenreihengrabstätten - soweit möglich - einem Angehörigen des Verstorbenen mitgeteilt.
- (6) Ersatzgrabstätten werden von der Gemeinde auf ihre Kosten entsprechend den Grabstätten auf dem aufgehobenen bzw. geschlossenen Friedhof oder dem Friedhofsteil hergerichtet. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechts

2. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Die Öffnungszeiten werden an den Eingängen durch Aushang bekannt gegeben. Zu anderen Zeiten darf der Friedhof nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Die Besucher haben sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals bzw. des Beauftragten der Gemeinde sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter 6 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (3) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet,
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; Kinderwagen und Rollstühle sowie Handwagen zur Beförderung von Material zur Grabherrichtung, leichte Fahrzeuge von zugelassenen Gewerbetreibenden und Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung sind ausgenommen,
 - b) Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung, Beisetzung oder Gedenkfeier störende Arbeiten auszuführen,
 - d) Druckschriften zu verteilen,
 - e) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
 - f) Abraum außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzuladen,
 - g) Tiere - ausgenommen Blindenhunde - mitzubringen,
 - h) zu spielen, zu lärmern und Musikwiedergabegeräte zu betreiben. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind,
 - i) gewerbsmäßig zu fotografieren, es sei denn,
 - aa) ein entsprechender Auftrag eines Nutzungsberechtigten liegt vor oder
 - bb) die Friedhofsverwaltung hat zugestimmt. Für das Verwaltungsverfahren gilt § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend.
- (4) Feiern und andere nicht mit einer Bestattung/Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens vier Tage vorher anzumelden.

§ 6

Ausführen gewerblicher Arbeiten

- (1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige mit der Gestaltung und Instandhaltung von Grabstätten befasste Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf dem Friedhof, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt. Auf das Verwaltungsverfahren finden die Bestimmungen über die Genehmigungsfiktion nach § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) mit der Maßgabe Anwendung, dass die Frist nach § 42a Abs. 2 Satz 1 VwVfG vier Wochen beträgt.
- (2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal vom Gewerbetreibenden oder seinen Mitarbeitern auf Verlangen vorzuzeigen.
- (4) Die Zulassung kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.“
- (5) Unbeschadet von § 5 Abs. 3 Buchstabe c) dürfen gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof nur während der von der Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten durchgeführt werden.
- (6) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an den Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen, bei Unterbrechung der Tagesarbeiten müssen die Arbeits- und Lagerplätze in einen ordnungsgemäßen Zustand gebracht werden. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinerlei Abraum ablagern.
Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

3. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7

Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Für die Beisetzung von Aschen gilt § 15 Abs. 4.
- (2) Wird eine Bestattung oder Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht auf Verlangen nachzuweisen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung im Benehmen mit den Angehörigen und der zuständigen Religionsgemeinschaft fest.
- (4) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung auf Kosten des Bestattungspflichtigen (Verantwortlichen gem. § 9 BestG) beigesetzt werden.
- (5) In jedem Sarg darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch gestattet, eine Mutter mit ihrem nicht über 1 Jahr alten Kind in einem Sarg zu bestatten. Mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung können auch Geschwister im Alter bis zu 1 Jahr in einem Sarg bestattet werden.

§ 8

Särge und Urnen

- (1) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Sie dürfen nicht schwer verrottbar sein, soweit nichts anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist.
- (2) Die Särge sollen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,70 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen. Die Särge für Kindergräber dürfen höchstens 1,10 m lang, 0,45 m hoch und im Mittelmaß 0,50 m breit sein.

- (3) Es dürfen nur Urnen aus Naturstoffen (abbaubare Gefäße) verwendet werden.

§ 9 Grabherstellung

- (1) Die Gräber werden von dem Friedhofspersonal bzw. den Beauftragten der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder verfüllt. Das Ausheben der Gräber in Eigenregie ist nicht gestattet.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher auf seine Kosten entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung zu erstatten.

§ 10 Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt in Reihen- und Wahlgräbern 25 Jahre und bei Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 20 Jahre. Die Ruhefrist für die anonymen Urnengrabstätten sowie für die Überlassung einer Grabkammer in einer Urnenwand wird auf 15 Jahre gemäß der Mindestruhezeit nach § 3 BestGDV festgesetzt. Bei einer zusätzlichen Bestattung einer Urne in ein Wahlgrab kann auf die Verlängerung der Nutzungszeit verzichtet werden, wenn die Mindestruhezeit von 15 Jahren eingehalten wird (siehe § 14 Abs. 1).

§ 11 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden; bei Umbettungen innerhalb der Gemeinde im ersten Jahr der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnereihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnereihengrabstätte sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig. § 3 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten/Urnereihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs. 1 BestG, bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten/Urnwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Die Gemeinde ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.
- (5) Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Sie kann sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmers bedienen. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf behördliche oder richterliche Anordnung hin ausgegraben werden.

- (9) Urnen werden durch die Friedhofsverwaltung nach Ablauf der Ruhezeit in ein eigens dafür ausgewiesenes Grabfeld beigesetzt.

4. Grabstätten

§ 12

Allgemeines, Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten werden unterschieden in
- a) Reihengrabstätten (§ 13)
 - b) Wahlgrabstätten (§ 14)
 - c) Urnengrabstätten (§ 15)
 - d) Ehrengabstätten (§ 16)
 - e) Gemischte Grabstätten (§ 13a)
 - f) anonyme Urnengrabstätten (§ 15a)
 - g) Rasengrabstätten (§ 13b)
 - h) Baumgrabstätten (§ 15b)
 - i) Grabkammern (§ 15)
- (2) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (3) Grüfte und Grabgebäude sind nicht zugelassen.

§ 13

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten (Einzelgräber) für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an der Reihengrabstätte ist nicht möglich.
- (2) Es werden eingerichtet:
- a) Reihengräber für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr mit einer Länge von 1,20 m und einer Breite von 0,60 m je Grab
 - b) Reihengräber für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr mit einer Länge von 2,10 m und einer Breite von 0,90 m je Grab.
- Die Zwischenräume zwischen den einzelnen Grabstätten betragen mindestens 30 cm.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf - außer in den Fällen des § 7 Abs. 4 und 5 und des § 13a - nur eine Leiche bestattet werden. Das Abräumen von Einzelgrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher veröffentlicht.
- (4) Sofern auf einem Friedhof keine Grabflächen für Kindergräber ausgewiesen sind, sind Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr ebenfalls in einem Reihengrab zu beerdigen.
- (5) Auf ein tot geborenes oder in der Geburt verstorbene Kind finden die Bestimmungen dieser Satzung entsprechende Anwendung, wenn das Gewicht des Kindes mindestens 500 Gramm beträgt. Beträgt das Gewicht weniger als 500 Gramm (Fehlgeburt), so ist eine Bestattung zu genehmigen, wenn ein Elternteil dies beantragt. Dabei sind die Würde des Toten und das sittliche Empfinden der Allgemeinheit zu achten.

§ 13a

Gemischte Grabstätten

- (1) Gemischte Grabstätten sind bereits durch eine Erdbestattung belegte Reihengrabstätten (§ 13 Abs. 1) oder Rasengrabstätten (§ 13b), in denen auf Antrag des Nutzungsberechtigten zusätzlich die Beisetzung einer Asche gestattet werden kann.
- (2) Die Dauer des Nutzungsrechts der Grabstätte richtet sich nach der Ruhezeit der ersten Bestattung. Die zusätzliche Beisetzung einer Asche darf im Einzelfall nur dann erfolgen, wenn die verbleibende Ruhezeit nach der ersten Bestattung noch mindestens 15 Jahre beträgt. Die Ruhezeit der Urne wird auf mindestens 15 Jahre festgesetzt.

§ 13b
Rasengräber
(Besondere Gestaltungsvorschriften)

- (1) Rasengrabstätten sind in ebenen Rasenflächen angelegte Einzelgrabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an der Reihengrabstätte ist nicht möglich. Im Übrigen gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten.
- (2) Am Kopf einer jeden Reihe im Rasengrabfeld wird ein Streifen bestehend aus zwei Randsteinen angelegt. Der Abstand zwischen den Randsteinen beträgt ca. 45 cm. Dieser Bereich ist zum Einfügen einer Gedenktafel (Platte) in den Abmessungen 80 cm x 45 cm x 8 cm (Stärke) oder einer Platte mit einem Grabmal mit den Maximalmaßen von 70 cm (Höhe) x 50 cm (Breite) zu verwenden. Auf dem Friedhof Weiperath sind nur Namenstafeln in Granit Impala in einer Größe von 40 cm x 50 cm sowie einer Stärke von 5 cm zulässig. Die Zwischenräume des Randstreifens werden mit einem einheitlichen Kies aufgefüllt. Grabschmuck ist nur während den Monaten von November bis April erlaubt. Unansehnlicher Grabschmuck wird ohne vorherige Information der Angehörigen beseitigt.
- (3) Die Pflege des Grabfeldes erfolgt durch die Gemeinde. Für die Unterhaltung und Pflege der Fläche im Bereich des Randstreifens sowie des Grabmals sind die Verfügungsberechtigten bzw. Angehörigen verantwortlich.
- (4) Der entstehende Erdhügel wird spätestens nach 6 Monaten eingeebnet und eingesät.

§ 14
Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag nach Zahlung der festgesetzten Gebühr ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Das Nutzungsrecht kann nur anlässlich eines Todesfalles erworben werden. Das Nutzungsrecht an zweistelligen Grabstätten wird nur verliehen, wenn der Nutzungsberechtigte das 60. Lebensjahr vollendet hat. Eine zusätzliche Urnenbeilegung in eine bereits belegte Wahlgrabstätte ist zulässig. Pro Grabstelle können zwei Urnen beigesetzt werden. Bei einer zusätzlichen Bestattung einer Urne in ein Einzel- bzw. Doppelwahlgrab kann auf die Verlängerung der Nutzungszeit verzichtet werden, wenn die Mindestruhezeit von 15 Jahren eingehalten wird.
- (2) Es wird eine Urkunde, die Beginn und Ende des Nutzungsrechts enthält, ausgestellt. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege des Grabes.
- (3) Wahlgrabstätten werden als ein- oder zweistellige Grabstätten vergeben.
Es werden eingerichtet
 - a) einstellige Grabstätten mit einer Länge von 2,10 m und einer Breite von 0,90 m je Grab
 - b) zweistellige Grabstätten mit einer Länge von 2,10 m und einer Breite von 1,80 m je GrabDie Zwischenräume zwischen den einzelnen Grabstätten betragen mindestens 30 cm.
- (4) Während der Nutzungszeit darf eine weitere Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- (5) Das Nutzungsrecht kann nur einmal für die gesamte Wahlgrabstätte wiederverliehen werden. Die Wiederverleihung erfolgt auf Antrag nach den in diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen über den Inhalt des Nutzungsrechts und die zu zahlenden Gebühren.
- (6) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Nutzungsberechtigte für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis einen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in

nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:

- a) auf den überlebenden Ehegatten,
 - b) auf die Kinder,
 - c) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - d) auf die Eltern,
 - e) auf die Geschwister,
 - f) auf sonstige Erben.
- Innerhalb der einzelnen Gruppen wird unter Ausschluss der übrigen Angehörigen der Gruppe die nach Jahren älteste Person Nutzungsberechtigt.
- (7) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 6 Satz 2 genannten Personen übertragen. Der Rechtsnachfolger hat bei der Friedhofsverwaltung das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
 - (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen dieser Satzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Bestattungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
 - (9) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
 - (10) Bei Rückgabe von Wahlgrabstätten wird an den Nutzungsberechtigten die für die Wahlgrabstätte gezahlte Gebühr unter Berücksichtigung der verbleibenden, auf volle Jahre abgerundeten Nutzungszeit anteilig zurückerstattet.

§ 15 Urnengrabstätten

- (1) Es werden eingerichtet
 - a) Urnenreihengrabstätten,
 - b) Urnengrabstätten für anonyme Bestattungen,
 - c) Baumgrabstätten,
 - d) Grabkammern.

Urnengrabstätten sind Grabstätten für Urnenbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden. Die Grabstätten erhalten eine Abmessung von 1,00 m x 1,00 m. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an der Urnengrabstätte ist nicht möglich.
- (2) In jeder Urnenreihengrabstätte soll nur eine Urne beigesetzt werden. Zusätzlich wird gestattet, in eine bereits belegte Urnenreihengrabstätte (§ 15 Abs. 1 Buchstabe a) bis zu 2 weitere Urnen beizusetzen, wobei die maximale Ruhezeit 30 Jahre beträgt. Die Mindestruhezeit von 15 Jahren ist entsprechend einzuhalten.
- (3) Aschen dürfen außerdem beigesetzt werden in
 - a) Reihengrabstätten, sofern die Ruhefrist der ersten Beisetzung noch mindestens 15 Jahre beträgt (siehe § 13a Gemischte Grabstätten),
 - b) Wahlgrabstätten bis zu zwei Aschen pro Grabstätte,
 - c) Rasengrabstätten, sofern die Ruhefrist der ersten Beisetzung noch mindestens 15 Jahre beträgt (siehe § 13 a Gemischte Grabstätten) oder
 - d) Rasengrabstätten mit höchstens 2 Urnen, ohne vorherige Erdbestattung, sofern die Ruhefrist der ersten Beisetzung noch mindestens 15 Jahre beträgt (siehe § 13a Gemischte Grabstätten).
 - e) Grabkammern (Urnenwand in Hunolstein) mit einer Ruhezeit von 15 Jahren
- (4) Die Beisetzung ist bei der Friedhofsverwaltung rechtzeitig anzumelden. Der Anmeldung ist eine Ausfertigung der standesamtlichen Sterbeurkunde und die Bescheinigung des Trägers der Feuerbestattungsanlage über die Einäscherung beizufügen.
- (5) Soweit sich aus der Satzung nicht etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

- (6) Das Abräumen von Einzelgrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird drei Monate vorher öffentlich bekannt gemacht.

§ 15 a
Anonyme Urnengrabstätten
(Besondere Gestaltungsvorschriften)

Die Fläche der anonymen Urnengrabfelder wird mit einer schlichten Grasbepflanzung angelegt. Die Einrichtung und Pflege dieses Grabfeldes erfolgt durch die Friedhofsverwaltung.

§ 15 b
Baumgrabstätten
(Besondere Gestaltungsvorschriften)

- 1) Baumgrabstätten sind Urnengrabstätten zur Bestattung von Aschen im Wurzelbereich an besonders ausgewiesenen Bäumen. Baumgrabstätten werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an der Baumgrabstätte ist nicht möglich. Im Übrigen gelten die Vorschriften für Urnengrabstätten.
- 2) In einer Baumgrabstätte darf eine Urne beigesetzt werden. Die Nutzungszeit wird für die Dauer von 25 Jahren festgelegt.
- 3) Sollte der Baum im Laufe der Nutzungszeit zerstört oder aus Sicherheitsgründen gefällt werden, schafft die Friedhofsverwaltung Ersatz durch Pflanzung eines neuen Baumes.
- 4) Die Kennzeichnung der Grabstätte erfolgt durch die Friedhofsverwaltung auf einer runden Grabplatte im Durchmesser von 30 cm mit den Daten (Vor- und Nachname, Geburts- und Sterbejahr) der Verstorbenen.
- 5) Das Ablegen von Grabschmuck ist nur anlässlich der Beisetzung gestattet und wird drei Wochen nach der Beisetzung entfernt.
- 6) Die Gestaltung und Pflege des Grabfeldes erfolgt durch die Gemeinde.

§ 16
Ehrengrabstätten

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten obliegt ausschließlich dem Friedhofsträger. Ehrengrabstätten wird ein dauerndes Ruherecht gewährt.

5. Gestaltung der Grabstätten

§ 17
Wahlmöglichkeit

- (1) Auf den Friedhöfen der Gemeinde werden Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 19) und/oder Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften (§§ 20 und 26) eingerichtet.
- (2) Friedhöfe und Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften sind in der Anlage 1 und 2 zur Friedhofssatzung festgelegt.
- (3) Bei der Zuweisung einer Grabstätte bestimmt der Antragsteller, ob diese auf einem Friedhof und in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit besonderen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet er sich für eine Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so besteht die Verpflichtung, die Gestaltungsvorschriften dieser Friedhofssatzung einzuhalten. Eine entsprechende schriftliche Erklärung ist durch den Antragsteller zu unterzeichnen.
- (4) Wird von dieser Wahlmöglichkeit nicht rechtzeitig vor der Bestattung Gebrauch gemacht, wird eine Grabstätte im Friedhofsteil mit besonderen Gestaltungsvorschriften zugeteilt.

§ 18
Allgemeine Gestaltungsvorschriften

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

6. Grabmale

§ 19

Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften

Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen auf Grabfeldern ohne besondere Gestaltungsvorschriften unterliegen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung keinen besonderen Anforderungen. Die übrigen Regelungen des § 20 gelten jedoch uneingeschränkt.

§ 20

Gestaltung der Grabmale auf den Friedhöfen und in Grabfeldern mit allgemeinen und besonderen Gestaltungsvorschriften

- (1) Die Grabmale auf allgemeinen und in Grabfeldern mit allgemeinen und besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung nachstehenden Anforderungen entsprechen:

Als Materialien sind zulässig Gesteine, Holz, Eisen und Bronze. Alle Bearbeitungsarten sind zulässig.

Grabmale sollen nicht errichtet werden:

- aus Baustoffen, die nicht wetterbeständig sind (z.B. Gips) und der Würde des Friedhofes nicht entsprechen,
- aus nachgemachtem Mauerwerk und Betonwerkstein, soweit sie nicht Natursteincharakter haben und handwerksgerecht bearbeitet sind,
- mit in Zement aufgesetztem figürlichen oder ornamentalen Schmuck,
- mit Farbanstrich auf Stein,
- mit Glas, Blech, Emaille, Porzellan und Kunststoffen in jeder Form,
- mit Lichtbildern.

- (2) Auf Grabstätten für Erdbestattung sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

a) **Reihengrabstätten für Verstorbene bis zu 5 Jahren:**

1. **Stehende Grabmale:**

Höhe 0,55 m bis 0,80 m einschließlich Sockel, Breite bis 0,45 m, Mindeststärke 0,10 m

2. **Liegende Grabmale:**

Breite bis 0,40 m, Höchstlänge 0,50 m, Mindeststärke 0,10 m

b) **Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahren:**

1. **Stehende Grabmale:**

Höhe 0,80 m bis 1,20 m einschließlich Sockel, Breite 0,70 m, Mindeststärke 0,12 m

2. **Liegende Grabmale:**

Breite bis 0,50 m, Höchstlänge 0,70 m, Mindeststärke 0,12 m

c) **Wahlgrabstätten:**

1. **Stehende Grabmale:**

a) **bei einstelligen Wahlgräbern:**

Höhe 0,80 m bis 1,20 m einschließlich Sockel, Breite bis 0,70 m, Mindeststärke 0,12 m

b) **bei zweistelligen Wahlgräbern:**

Höhe 1,00 m bis 1,20 m einschließlich Sockel, Breite 1,00 bis 1,40 m, Mindeststärke 0,12 m

2. **Liegende Grabmale:**

a) **bei einstelligen Wahlgräbern:**

Breite bis 0,50 m, Länge 0,70 m bis 0,90 m, Höhe 0,15 bis 0,30 m, Mindeststärke 0,12 m

b) **bei zweistelligen Wahlgräbern:**

Breite bis 1,40 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,15 bis 0,30 m, Mindeststärke 0,12 m

- (3) Auf **Urnengrabstätten** sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

1. **Stehende Grabmale:**

Breite bis 0,70 m, Höhe 0,50 m bis 0,70 m, Mindeststärke 0,12 m

2. Liegende Grabmale:

Größe 0,45 m x 0,45 m, Höhe der Hinterkante 0,15 m, Mindeststärke 0,12 m

- (4) Der Friedhofsträger kann Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen, soweit er es unter Beachtung des § 18 für vertretbar hält.
- (5) Grabeinfassungen sind, sofern nach der Anlage zur Satzung vorgeschrieben bzw. zulässig, bis zu einer Höhe von 0,15 m zulässig. Die vorgegebene Höhe der Absätze 2 und 3 ist die Gesamthöhe und darf einschließlich Sockel nicht überschritten werden. Grababdeckungen dürfen die Größe der Grabstätten nach § 13 Abs. 2 bzw. § 14 Abs. 3 dieser Satzung nicht überschreiten. Ausnahmen sind zulässig, soweit die Unterhaltung und Pflege der Grabfelder nicht beeinträchtigt wird.
- (6) Die Grabplatten/Verschlussplatten der Urnenkammern im Urnenwandsystem sind mit aufgesetzten Metallbuchstaben zu versehen. Die Beschriftung wird in Absprache mit der Friedhofsverwaltung festgesetzt und von den Angehörigen in Auftrag gegeben.
- (7) Für den Friedhof Weiperath gilt eine besondere Gestaltungsvorschrift. Es werden weiße Kreuze aus Gestein in einer Größe von 1,00 m Höhe sowie 0,60 m Breite für Wahl- und Reihengräber zugelassen. Die Grabmale (Kreuze) für Urnengräber sind in einer Standardgröße von 0,55 m sichtbare Höhe und einer Breite von 0,40 m zulässig.

§ 21

Errichten und Ändern von Grabmalen

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofssatzung entspricht.
- (2) Der Anzeige sind beizufügen der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials und seiner Bearbeitung.
- (3) Mit dem Vorhaben darf einen Monat nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofssatzung geltend gemacht werden. Vor Ablauf des Monats darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofssatzung bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet bzw. geändert worden ist.

§ 22

Standssicherheit der Grabmale

Für die Planung, die Ausführung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die „Technische Anleitung zur Standssicherheit von Grabmalanlagen (TA-Grabmal)“ der Deutschen Naturstein Akademie e.V. in der jeweils geltenden Fassung.

§ 23

Verkehrssicherungspflicht für Grabmale

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind verkehrssicher zu errichten und dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Die Standssicherheit der Grabmale ist jährlich nach der Frostperiode zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Verantwortlich für die Errichtung und Instandhaltung ist bei Reihen- und Urnenreihengrabstätten, wer den Antrag auf Zuteilung der Grabstätte (§ 13) gestellt hat; bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.
- (2) Scheint die Standssicherheit eines Grabmals, einer sonstigen baulichen Anlage oder von Teilen davon gefährdet, ist der für die Unterhaltung Verantwortliche (Abs. 1) verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
- (3) Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen) treffen, wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer

festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung dazu auf Kosten des Verantwortlichen berechtigt. Sie kann das Grabmal oder Teile davon entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. § 24 Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder über das Einwohnermeldeamt nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat angebracht wird.

§ 24

Entfernen von Grabmalen

- (1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihen- und Urnenreihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen innerhalb einer Frist von drei Monaten zu entfernen. Auf den Ablauf der Ruhezeit bzw. der Nutzungszeit wird durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen. Kommt der Verpflichtete dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Lässt der Verpflichtete das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen nicht binnen drei Monaten abholen, geht es/gehen sie entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über. Sofern Grabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Verpflichtete die Kosten zu tragen.

7. Herrichten und Pflege der Grabstätten

§ 25

Herrichten und Instandhalten der Grabstätten

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
- (2) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 18 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen.
- (3) Die Höhe und die Form der Grabhügel sowie Art der Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteiles und des jeweiligen Grabfeldes anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege in ihrer zweckentsprechenden Benutzung und Gestaltung nicht beeinträchtigen. Grabbeete dürfen nicht über 20 cm hoch sein. Die Bepflanzung der Gräber mit Gehölzen und klein- und großwüchsigen Sträuchern ist gestattet. Sie dürfen nicht höher als 1,20 m sein und über die seitlichen Grabbegrenzungen nicht hinausragen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die Herrichtung des Grabes im Einklang mit den Absätzen 1, 2 und 3 steht, nötigenfalls hat sie Änderungen anzuordnen. Werden Änderungsanordnungen nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Pflichtigen die Änderungen selbst durchführen oder von einem Unternehmer durchführen lassen.
- (5) Für die Herrichtung und die Pflege ist bei Reihen- und Urnengrabstätten der Empfänger der Grabanweisung bzw. der Verantwortliche gemäß § 9 BestG, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts.
- (6) Die für die Grabstätten Verantwortlichen können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen Friedhofsgärtner beauftragen. Außerdem sind die für die Grabstätten Verantwortlichen für die Pflege der Grabzwischenräume bzw. der Trittplatten zwischen den einzelnen Gräbern verantwortlich. Es ist jeweils auf beiden Seiten der Grabstätte die Hälfte des Grabzwischenraumes zu pflegen.

- (7) Reihen- und Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb sechs Monaten nach der Bestattung, Wahlgrabstätten innerhalb von sechs Monaten nach der Verleihung des Nutzungsrechtes hergerichtet werden.
- (8) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Friedhofsverwaltung.
- (9) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln ist nicht gestattet.
- (10) Die Friedhofsverwaltung kann verlangen, dass der Verantwortliche die Grabstätte nach Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts abräumt.

§ 26

Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften

Die besonderen gestalterischen Festsetzungen richten sich nach der Anlage 1 und 2 zur Friedhofssatzung (s. § 25 Abs.3).

§ 27

Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften

Die Herrichtung der Grabstätten unterliegt keinen besonderen Anforderungen. § 25 ist zu beachten.

§ 28

Vernachlässigte Grabstätten

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder bepflanzt, hat der Verantwortliche auf schriftliche Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte nach ihrem Ermessen auf seine Kosten herrichten oder die Grabstätte abräumen und einebnen lassen.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt für die Durchführung der Maßnahme nach Abs. 1 eine öffentliche Bekanntmachung oder ein Hinweis auf der Grabstätte.

8. Leichenhalle

§ 29

Benutzen der Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden. Die Friedhofsverwaltung kann hierfür bestimmte Zeiten festlegen, wobei in besonderen Fällen (z.B. Unfalltod) Ausnahmen möglich sind.
- (2) Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung endgültig zu schließen.
Die Särge der an einer nach seuchenrechtlichen Bestimmungen meldepflichtigen Krankheit Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

§ 30

Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits zugeteilt oder erworben sind, richtet sich die Ruhezeit nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Im Übrigen gilt diese Satzung.

§ 31

Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofs sowie seiner Anlagen und Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.

§ 32 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. den Friedhof entgegen der Bestimmungen des § 4 betritt,
 2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1),
 3. gegen die Bestimmungen des § 5 Satz 1 verstößt,
 4. eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 6 Abs. 1),
 5. Umbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 11),
 6. die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§ 20 Abs. 2 und 3),
 7. als Verfügungsberechtigter, Nutzungsberechtigter oder Gewerbetreibender Grabmale oder sonstige Grabausstattungen ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 21 Abs. 1 und 3),
 8. Grabmale ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt (§ 24 Abs. 1),
 9. Grabmale und Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 22, 23 und 25),
 10. Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel verwendet (§ 25 Abs. 6),
 11. Grabstätten entgegen §§ 25 Abs. 3 bepflanzt,
 12. Grabstätten vernachlässigt (§ 28),
 13. die Leichenhalle entgegen § 29 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 2 betritt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,00 EUR geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 481) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

§ 33 Gebühren

Für die Benutzung der von der Gemeinde verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 34 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten die Friedhofssatzung vom 02.01.2001, geändert am 01.01.2005, 01.01.2009 und am 06.03.2010, und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

Gemeindeverwaltung Morbach
Morbach, den 12.11.2018
Andreas Hackethal, Bürgermeister

Anlage 1 zur Friedhofssatzung der Gemeinde Morbach vom 12.11.2018
Gestalterische Festsetzungen

Ortsbezirk/	Grababdeckungen	Grabeinfassung	Besondere	Erläuterungen
Friedhof			Festsetzungen	
Bischofsdhron	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Elzerath	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Gonzerath	zulässig	zulässig	Trittplatten zwischen den Grabfeldern	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Gutenthal	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Heinzerath	zulässig	zulässig	Trittplatten zwischen den Grabfeldern	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Hinzerath	zulässig	zulässig	Trittplatten zwischen den Grabfeldern	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Hundheim	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Hunolstein	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Morbach	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Morscheid-Riedenburg	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Odert	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Rapperath	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Wederath	zulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.
Weiperath	unzulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt; nur weißes Grabkreuz je Bestattung zulässig; Namenstafeln nur in starkem Granit Impala 40 x 50 cm zulässig	Die Größe der Kreuze richtet sich nach dem Bestand.
Wenigerath	unzulässig	für alle Gräber vorgeschrieben	Gestaltung der Grabzwischenräume mit einheitlichem Basalt-Edelsplitt	Bestandsschutz für die vorhandenen Gräber.

Anlage 2 zur Friedhofssatzung der Gemeinde Morbach vom 12.11.2018

Ortsbezirk/ Friedhof	Wahlgräber		Rasengräber	Urnenwand	Baumgräber	Erläuterungen und Ergänzungen
	ja	Nein				
Bischofsdhron		X	X		X	Begonnene Wahlgrabreihe wird noch belegt. Eine Ausweisung von neuen Wahlgrabreihen erfolgt nicht.
Elzerath		X	X		X	
Gonzerath		X	X		X	
Gutenthal	X		X		X	
Heinzerath		X	X		X	
Hinzerath	X		X		X	
Hundheim		X	X		X	Eine Ausweisung von neuen Wahlgrabreihen erfolgt nicht.
Hunolstein	X		X	X	X	
Morbach	X		X		X	Anonymes Urnengrabfeld
Morscheid-Riedenburg		X	X		X	Anonymes Urnengrabfeld
Odert		X	X		X	
Rapperath	X		X		X	
Wederath		X	X		X	
Weiperath	X		X			
Wenigerath	X		X		X	